



Protokoll der Steuerungsgruppe Kinderschutz (SG KS) vom 10.3.2017

Ort:	Kreisverwaltung TF, Luckenwalde, Raum A3-1-02
Zeit:	09:00-11:00 Uhr
Anwesende:	Frank, Matzke (R I), Gesine Siems (R II), Heike Krautz (R III), Ria von Schrötter (JHA), Swen Ennullat (AL JA), Diana Zabel (Koord. FH), Marion Lindner (SGL 51.3), Gudrun Buchmann (Soz. A), Mario Höhne (OA), Corinna Spikermann (StScha-BB) und Heike Becker-Heinrich (JA, KSK)
Entschuldigt:	Katja Wöller (OA), Raissa Erbis (GA), Claudia Sponholz (PI Luckenwalde),
abwesend:	Ines Dickhoff (R IV)
Protokollführung:	Heike Becker-Heinrich

Tagesordnung:

1. Begrüßung durch den Sprecher der Steuerungsgruppe

Herr Matzke begrüßte die Anwesenden. Mit 11 (ab 09:03 Uhr) von 14 stimmberechtigten Mitgliedern (Vertretern) ist die Beschlussfähigkeit gegeben.

Für das Ordnungsamt ist Herr Höhne in Vertretung für Frau Woeller anwesend.

Als Gast eingeladen ist Frau Burkert Mitarbeiterin des Jugendamtes, Sachgebietsleitung 51.3, Unterhalt.

2. Informationen zu noch offenen Punkten aus dem Protokoll vom 9.12.2016

Zu 3. Vom 9.12.2016

Info zur Richtlinie 1 / 2017 Gewährung von einmaligen Beihilfen nach § 6 Abs.1 AsylbLG
-Erstausstattung bei Geburt und Schwangerschaft-

Das Sozialamt hat die Richtlinie erstellt und rückwirkend zum 1.1.2017 in Kraft gesetzt. Leider sind die Hinweise und Anmerkungen von Frau Zabel und Frau Becker-Heinrich nicht aufgenommen worden.

Frau Buchmann teilte mit, dass es noch andauernde Beratungen zur Richtlinie gibt.

Rückfrage an das Sozialamt zum Stand der Empfehlung „Schwangerenmehrbedarf / Babyerstaussstattung“
Ist die benannte Überarbeitung in 2016 fertiggestellt worden? Kann den Mitgliedern der Steuerungsgruppe die Empfehlung zur Verfügung gestellt werden?

Frau Buchmann wird sich informieren und der SG KS Rückmeldung geben.

Infos zu § 34 und § 42 SGB VIII von Gerd Herpay

Nachfrage: Sind die Johanniter noch im Status einer Erstversorgungseinrichtung?

Info Marion Lindner: Statusänderung erfolgt, seit 1.3.2017 Regelgruppenangebote (8 Plätze Regelgruppe, 6 Plätze Jugendwohngruppe)

Stand zur Erstversorgungseinrichtung des EJW?

Ist die anvisierte Baufertigstellung des Jugendhilfeobjektes und der Umzug zweier WGs, wie einer Regelgruppe im Januar 2017 erfolgt?

Info Ria von Schrötter: ja es gibt inzwischen 2 Regelgruppen mit gesamt 15 Plätzen am Standort Trebbin, wie auch eine Jugendwohngruppe mit 6 Plätzen

Die Clearingstelle besteht mit 9 Plätzen am Standort Ludwigsfelde.

Rückfrage zu aktuellem Stand Frühe Hilfen, bezüglich des Vorschlages der Familienhebamme, Kathrin Petrischek, im Rahmen der AG Frühe Hilfen und Pädiatrische Versorgung landesweite Vorgaben für die Lebensverhältnisse von Kindern im Übergangwohnheim zu erarbeiten. Die Rücksprache mit dem AK Frühe Hilfe sollte erfolgen.

Info Diana Zabel: Der AK Frühe Hilfen ist mit dem Thema befasst und will der o.g. AG zuarbeiten. Dies dauert an, Frau Zabel gibt im Rahmen des nächsten Treffens der Steuerungsgruppe aktuelle Informationen.

Zu.4. vom 9.12.2016

webbasierter Dolmetscherdienst

Info von Gerd Herpay, dass die Abklärung mit der Datenschutzbehörde und der ADV noch ansteht, da wir bisher nicht über sichere Verbindungen verfügen, Aktueller Stand?

Info Marion Lindner: dem Sachgebiet liegen keine neuen Informationen vor.

Frank Matzke wird beim nächsten Treffen der SG Kinderschutz, am 16.6. erneut nachfragen.

3. Diskussion Armut und Kinderschutz

Input anhand einer Präsentation von Diana Zabel. Die Präsentation, wie auch eine Literaturliste werden dem Protokoll angefügt.

Dank der Anwesenden an Diana Zabel für die Informationsfülle und die mitgebrachte Literaturvielfalt. Das bestätigte die Aussage von ihr, dass es bereits viele Informationen zum Thema gibt, alleine das Handeln zu zögerlich ist.

Ria von Schrötter hätte sich mehr Zahlen für TF und ggf. regionaler Untergliederung gewünscht. Diana Zabel teilte mit, dass dies bis auf die Berichte aus dem Gesundheitsamt und dem Jugendamt, nicht vorliegen. Es gibt aktuell keine Armutsstatistik für TF. Vorab müssten die Akteure innerhalb TF zunächst eine gemeinsame Definition des Begriffes Armut beschreiben. „Ist der ALG II-Bezug als ausreichende Versorgung anerkannt, oder fallen die Bezieher unter den Begriff Armut?“

Diskussion zum Begriff der emotionalen Vernachlässigung / Unterversorgung, als ein Teil von Armut.

Eltern mit geringem Einkommen, mehreren Jobs und weniger Zeit, wie auch begüterte Eltern, die dennoch ihre Kinder nicht ausreichen emotional versorgen.

Anerkennung der emotionalen Armut als Tatbestand der Kindeswohlgefährdung, fehlt teilweise auch im richterlichen Handeln.

Gesundheitliche Unterversorgung

Gesine Siems wies auf die sich zuspitzende Situation der fehlenden Kinderärzte, damit einher gehender Erschwernis der Durchführung der Vorsorgeuntersuchungen, herausfordernde Mobilität, weite Entfernung wie auch Aufnahmestopp hin.

Heike Becker-Heinrich ergänzte, dass das Thema aktuell in allen vier Regionen der Netzwerktreffen Kinderschutz thematisiert wird, wie auch die schwierige Versorgungslage mit niedergelassenen Kinder- und Jugendlichentherapeuten. Nach Sammlung der Informationen, sollen diese in die SG Kinderschutz zur weiteren Beratung eingebracht werden.

Das Gesundheitsamt ist bereits über die Gesundheitsplanerin informiert.

Gudrun Buchmann teilte mit, dass sie Elterninfos habe, dass benötigte Verordnungen für z. B. Logopädie, Physiotherapie und Ergotherapie nicht ausreichen ausgestellt würden. Die Beschwerden stammten insbesondere aus der Region Jüterbog.

Ria von Schrötter ergänzte, dass in TF keine Tageskliniken und kein SPZ sind und dass die beiden Kinderstationen in den hiesigen Kliniken keinen kindertherapeutischen Bereich beinhalten.

Die dafür zuständige Klinik ist in der Stadt Brandenburg, Hinweis auf weiter Wege, Erschwernis der Erreichbarkeit für Eltern...

Allgemeine Erkenntnis, dass es für Fachkräfte mitunter leichter möglich ist, ein Kind auch z. B. in Lübben oder Potsdam unterzubringen, als dies Eltern gelingt.

Swen Ennullat ergänzt, dass die Konzepte der Kliniken sehr unterschiedlich sind, die Klinik in Brandenburg für TF die zuständige Klinik ist, zugleich Wartezeiten von bis zu 3 Monaten bekannt seien.

Marion Lindner berichtete von der in TF geplanten Tagesklinik, die vom damaligen leitenden Arzt der Brandenburger Klinik in Vorbereitung war, aber mit dessen Ausscheiden auch nicht mehr thematisiert wurde. Zurzeit wird die Ambulanz in Potsdam häufig genutzt.

Fazit: der Jugendhilfeausschuss sollte sich mit der Versorgungssituation befassen.

Armut-Finanzien-Unterhalt („Eltern sind das Schicksal der Kinder“)

Gabriele Burkert wies auf die finanzielle Situation, hier die geplanten Änderungen zum Unterhalt ab 1.7.2017 hin. Zugleich erinnerte sie daran, dass für SGB II Berechtigte der Unterhalt und das Kindergeld voll auf die Leistungen angerechnet werden. Somit bringt eine Erhöhung für diese Zielgruppe keinen Gewinn. Ihre Erfahrung ist, dass 87 % der Kinder, die Unterhaltsvorschuss erhalten zugleich im ALG II-Bezug sind.

In Ihrem Sachgebiet wird das Thema Klassenfahrten von Alleinerziehenden häufig thematisiert, in der Hoffnung, dass sich der Unterhaltsverpflichtete daran beteiligt. Diese Reisen stellen große finanzielle Herausforderungen für die Familien dar. Sie stellt die teilweise weiten Reiseziele in Frage.

Frau Spikermann berichtet, dass im Grundschulbereich nur regionale Reiseziele gesucht werden und nur zwei Reisen in der gesamten Grundschulzeit angedacht sind, um allen eine Teilnahme zu ermöglichen. Sie weist auf Fördermöglichkeiten hin, berichtet aber zugleich, dass etliche Eltern aus Scham die Angebote nicht annehmen und die Kinder eher als erkrankt melden.

4. umA / migrationssensibler Kinderschutz – aktuelle Informationen der Mitglieder

Marion Lindner, JA:

- Inzwischen erfolgen keine Zuweisungen mehr von größeren Gruppen der umA, sondern Einzelne Zugänge.
- Wir haben nun eine „echte“ Clearingstelle und 3 Einrichtungen für umA / Junge Volljährige aus diesem Personenkreis. Zusätzlich haben auch weitere Träger der Jugendhilfe umA in stationärer und ambulanter Betreuung.
- Die ambulanten Leistungen müssen weiter ausgebaut werden.
- Problematik des Fachkräftegebots, hier sprachliche Hürden, wurde angerissen.
- Neu: Sprachkurse über das Jugendamt. Ein Kurs ist angelaufen, ein weiterer in Vorbereitung. Die Maßnahme wurde geschaffen, da es zu viele Jugendliche gab, die mit dem Angebot über das OSZ überfordert waren und somit keinen Zugang zur Bildung hatten.
- Die Mitarbeiter /-innen des Fachdienstes Migration sind zunehmend auch in Gemeinschaftsunterkünften und der Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) unterwegs, um Beratungen durchzuführen und Hilfeangebote zu unterbreiten. Vereinzelt werden über die EAE noch umA identifiziert und in Jugendhilfe übernommen.
- Der Fachdienst Migration, hier der Teamverantwortliche, Gerd Herpay, gibt Infobriefe zum Thema Migration über Emailverteiler heraus. Wer in den Verteiler aufgenommen werden möchte, kann sich direkt an Gerd Herpay (Gerd.Herpay@teltow-flaeming.de) wenden, oder die Info über die Kinderschutzkoordination, Heike Becker-Heinrich geben.
- Seit Ende Februar 2017 hat sich eine AG nach § 78 SGB VIII HzE gegründet. Dazu gibt es eine Unterarbeitsgruppe Migration (UAG Migration).

Swen Ennullat ergänzte, dass die Übergangsphase im SGB VIII bezüglich der Verteilung von umA endete, was zum Rückgang der Zuweisungszahlen in Brandenburg führte. Es gibt aber noch keine Prognosen der zu erwartenden Kapazitäten.

Ria von Schrötter ergänzte zur UAG Migration:

- Ein erstes Treffen fand statt, beteiligt sind neben dem JA, die Träger der Einrichtungen, die mit umA arbeiten.
- Die Versorgung der umA stellt die Jugendhilfe vor neue Aufgaben, insbesondere die sehr vielfältigen und teilweise sehr fremden kulturellen Gepflogenheiten (Bsp.: „Stammesleben, -ordnung)
- Infopool wäre hilfreich, um Erkenntnisse / Wissen untereinander auszutauschen, ggf. auch Infos für den o. g. Infobrief.

Swen Ennullat weist darauf hin, dass die Fahrlastbelastung im Fachdienst Migration sehr hoch ist. Marion Lindner ergänzt, dass insgesamt für den Fachdienst Migration als auch dem SpD eine erhöhte Belastung zu verzeichnen ist, da der Arbeitsaufwand in der Arbeit mit Migranten ein Vierfaches höher ist, als bei den bisherigen betreuten Familien, u. a. wegen der fehlenden oder schwierigen Verständigung.

Heike Krautz bestätigt diese intensivere Bearbeitungszeit auch für den Bereich Kindertagesstätten.

Diana Zabel weist darauf hin, dass nicht nur zeitliche Kapazitäten betroffen sind, sondern auch personelle Ressourcen, insbesondere mit den notwendigen Fachkenntnissen, fehlen.

Exkurs: Mitarbeiterqualifizierung, Stadtteilmütter, mit Verweis des Themas an den Jugendhilfeausschuss.

Weiterer Exkurs: Situation Kitabetreuung, angespannt Lage in fast allen Kommunen des Landkreises, nicht nur für Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund. Hindernisse bei Neubauplanung führten in Luckenwalde zur Bauverzögerung. Auch hier geht dies einher mit Personalmangel.

Frank Matzke wies auf eine neue Richtlinie Jugendhilfe-Schule hin. Darin sei festgelegt, dass junge Migranten nach Einzelfallentscheidung auch in die Schulverweigererprojekte aufgenommen werden können.

Diese Entscheidung wird sowohl vom Schulamt, als auch den Trägern der freien Jugendhilfe kritisch gesehen, mit der Sorge, dass u. a. die Motivation zum Lernen insgesamt sinken könnte.

5. Sonstiges

Sprecher- / Sprecherinnenwahl

Die Wahl des Sprechers / der Sprecherin steht turnusgemäß an und wird am 16.6.2017 durchgeführt werden. Bis dahin bleibt weiterhin Frank Matzke im Amt.

Termine des Netzwerkes Kinderschutz 2017

Regionalkonferenzen Kinderschutz

R I: fand am 1. März statt. Stellvertretungen des Sprechers wurden gewählt, weiterhin Melanie Giese und Karin Bührendt. Diskussionsthema: Drogen- regionale Situation

R II: fand am 6. März statt. Sprecherin und Stellvertretung wurden gewählt. Gesine Siems ist weiterhin Sprecherin und Constanze Mücke weiterhin Stellvertreterin der Region. Schwerpunktthema Kindertagesbetreuung: Betreuungsengpässe, Erziehemangel, Rechtsanspruch

R III: findet am 15. März statt, es steht keine Wahl an.

R IV: findet am 22. März statt, die Wahl der Stellvertretung steht an.

Projekt Schulgesundheitsfachkraft

Frau Heinze hat ihre Tätigkeit aufgenommen. Sie ist an der Grundschule Blankensee, Grund- und Oberschule Trebbin eingesetzt. (Astrid.heinze@awo-potsdam.de)

Die offizielle Projekteröffnung erfolgte am 23.2.2017. Das Projekt läuft bis Oktober 2018.

Frau Spikermann wies darauf hin, dass das Angebot der Schulgesundheitsfachkraft ein Angebot zum Thema Armut und Gesundheit ist. In anderen Bundesländern sei dies bereits ein Regelangebot. In Brandenburg wird nach Projektauswertung über das weitere Vorgehen entschieden.

Evaluation ieFk

Frau Becker-Heinrich teilte mit, dass die Evaluation der Tätigkeit der „insoweit erfahrenen Fachkräfte“ auf der Kinderschutzseite eingestellt ist. (<http://kinderschutz.teltow-flaeming.de/das-netzwerk/insoweit-erfahrene-fachkraft/evaluation.html>)

Fragebogen zu GU

Der im vergangenen Jahr von Herrn Herpay und Frau Becker-Heinrich entworfenen Fragebogen zur Situation in den Gemeinschaftsunterkünften, wurde, nach diversen Absprachen mit Herrn Kohl (Sozialamt) und Überarbeitungen, nun fertig gestellt. Herr Kohl hat ihn am 9.3.2017 im Rahmen der Dienstberatung der Heimleiter und Beratungsdienste Asyl den Anwesenden vorgestellt. Er wird ihn zeitnah an die Trägerverantwortlichen senden und gab eine Rückmeldezeit von max. 6 Wochen. Danach wird er die Bögen auswerten und die Ergebnisse in der nächsten DB beraten. G. Herpay und H. Becker-Heinrich baten ebenfalls um die Ergebnisse und eine nachfolgende Beratung zu den Ergebnissen und dem weiteren Vorgehen.

Schulversäumnisanzeigen

Frau Becker-Heinrich war von Sozialarbeitern des SpD auf fehlende Schulversäumnisanzeigen seit längerer Zeit, insbesondere in der R I aufmerksam gemacht worden. Frau Lindner ergänzte, dass dies für den gesamten Landkreis gelte. Früher gab es eine abgestimmte Regelung, dass diese Anzeigen bei ihr als Sachgebietsleiterin eingingen und sie diese an die einzelnen Teams weitergegeben hat.

Frau Becker-Heinrich wies auf Vordrucke des ehemaligen Schulamtes hin, die das Vorgehen regelten.

Frau Spikermann nimmt den Hinweis mit.

Absprache: Die Schulversäumnisanzeigen sollen an den Amtsleiter gehen, der sie dann in das Sachgebiet weitergibt.

Vereinbarungen nach § 8a und § 72a SGB VIII

Frau Becker-Heinrich informierte, dass alle Kommunen, die eigene Jugendhilfeangebote leisten, die o. g. Vereinbarungen unterschrieben haben, wie auch die große Mehrheit der freien Jugendhilfeträger. Leider gibt es einen Träger, der bisher noch keine Vereinbarung unterschrieben hat, zwei weitere Träger, die den reibungslosen Übergang nicht gewährt haben, so dass die Kündigungen der alten Vereinbarungen durch das Jugendamt erfolgten.

Anregung aus der Steuerungsgruppe: Anschreiben an die kommunalen Verwaltungen, da diese Trägerverträge abgeschlossen haben, um alle Träger zum Vereinbarungsabschluss aufzufordern.

Checklisten der Fachstelle Kinderschutz

Info: Die neue Checkliste sexuelle Gewalt wird /wurde in allen Regionalkonferenzen vorgestellt und lag zur Mitnahme für die Mitglieder der Steuerungsgruppe aus.

Die neue Checkliste für Schulen wurde von Frau Becker-Heinrich bestellt. (Nachtrag: laut Info der Fachstelle, wird der Druck erst zu Ende März erfolgen, Bestellung ist vorgemerkt)

10 Jahre Netzwerk Kinderschutz

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit werden erste Bilder der „Kinderschutzteddys“ erstellt. Diese sollen mit einem Spruch unterlegt werden. Erste Entwürfe werden in den nächsten Tagen an die Mitglieder der Steuerungsgruppe gehen. Rückmeldung zu Bildern und Texten soll vor dem nächsten Treffen erfolgen, damit die Herstellung und Verteilung bald erfolgen kann.

16. Juni nächstes Treffen SG KS, 9:00-11:00 Uhr

- 1 Jahr KJND Informationen und Zahlen zu einem Jahr des Betriebes. (V: Frank Matzke)
Geänderter Ort: Kinder- und Jugendnotdienst, Haag 5, 14943 Luckenwalde.
Bitte beachten, dass der Eingang um die Ecke im hinteren Bereich des Objektes genutzt wird.
- Weiteres Thema sollte allgemeines zum Kinderschutz sein. Für evtl. notwendige Vorbereitung oder Input bitte Info an Frank Matzke (V: alle Mitglieder).
- Weiterer bereits festgelegter TOP ist die Wahl des Sprechers / der Sprecherin der Steuerungsgruppe Kinderschutz.